



DER FINANZMINISTER
DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Finanzministerium Baden-Württemberg • Pf. 10 14 53 • 70013
Stuttgart

An die
Vorsitzenden der Kommission von Bundestag
und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-
Länder-Finanzbeziehungen
Herrn Ministerpräsidenten
Günther H. Oettinger
Herrn Fraktionsvorsitzenden
Dr. Peter Struck MdB

Stuttgart, 1. Februar 2008

Aktenzeichen: 2.0422.9/14
(Bitte bei Antwort angeben)

Deutscher Bundestag
Föderalismuskommission II
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Abfrage zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung

- **Schreiben der Vorsitzenden der Kommission zur Modernisierung der Bund-
Länder-Finanzbeziehungen vom 17.09.07**

Anlagen
1

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,

mit Schreiben vom 17. September 2007 hatten Sie die Finanzminister des Bundes und der
Länder um die Beantwortung einer Reihe von Fragen zur Entwicklung der Verschuldung und
zu Maßnahmen zur Begrenzung der Verschuldung gebeten.

In der beigefügten Anlage erhalten Sie die erbetenen Daten und Erläuterungen für das Land
Baden-Württemberg.

Mit freundlichen Grüßen

Kommission von Bundestag und Bundesrat
zur Modernisierung
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Arbeitsunterlage
035

Gerhard Stratthaus

Dienstgebäude:
Neues Schloss
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart

Abteilung 3
Steuern:
Dorotheenstr. 10

Telefon-Vermittlung
(07 11) 2 79 - 0
Telefax
(07 11) 2 79 - 38 93

E-Mail: Poststelle@fm.bwl.de
Internetseite: <http://www.fm.baden-wuerttemberg.de>

U-Haltestelle
Schlossplatz

Abfrage zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung durch die Vorsitzenden der Föderalismuskommission II

Antwort des FM Baden-Württemberg

Fragen 1 bis 4 (Finanzierungssaldo, Nettokreditaufnahme, Kreditmarktschulden, Zinsausgaben):

Die Entwicklung des Finanzierungssaldos, der Nettokreditaufnahme sowie der Stand der Kreditmarktschulden des Landes Baden-Württemberg (ohne Gemeindeebene) in den Jahren 2005 bis 2008 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Daneben sind die Zinsausgaben für die Jahre 2006 und 2007 abgebildet.

	2005	2006	2007		2008
	- in Mio. Euro -				
Finanzierungssaldo ^{a)}	-1.682	-916	+1.521		-43
Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt ^{b)}	1.686	1.536	997 ¹⁾	1000 ²⁾	-250 ³⁾
Stand der Kreditmarktschulden ^{c)}	39.541	41.072 ⁴⁾	41.710		41.460
Zinsausgaben am Kreditmarkt ^{d)}	1.958	2.245	1.927		1.973

¹⁾ Ist

²⁾ Soll

^{a)} Für die Jahre 2005 und 2006 wurden die Daten der Kassenstatistik, für das Jahr 2007 das Ist und für das Jahr 2008 der Soll-Ansatz zugrunde gelegt.

^{b)} Die Daten für die Jahre 2005 und 2006 sind der jeweiligen Haushaltsrechnung entnommen. Die Daten für das Jahr 2007 entsprechen dem Ist. Als ergänzende Information wird zusätzlich auch die Sollzahl für das Jahr 2007 ausgewiesen. Für das Jahr 2008 ist der Soll-Ansatz des Haushaltsnachtrags 2007/08 zugrunde gelegt.

^{c)} Die Daten für die Jahre 2005 bis 2007 ergeben sich aus den Ergebnissen der Schuldenstatistik jeweils zum 31.12.d.J. Die Kreditmarktschulden für das Jahr 2008 wurden auf Basis des Schuldenstandes zum 31.12.2007 abzüglich der im Haushaltsnachtrag 2007/08 für das Jahr 2008 veranschlagten Nettotilgung ermittelt.

^{d)} Für die Jahre 2005 und 2006 wurden die Daten der Kassenstatistik, für das Jahr 2007 das Ist und für 2008 der Soll-Ansatz zugrunde gelegt.

Ergänzende Anmerkung zu den Fragen 1 bis 4:

³⁾ Im Nachtragshaushalt 2007/2008 ist in 2008 eine Tilgung von Altschulden i.H.v. 250 Mio. € vorgesehen. Am 22. Januar 2008 hat der Ministerrat beschlossen, diese Tilgung in 2008 um 100 Mio. € auf 350 Mio. € zu erhöhen.

⁴⁾ Im Stand der Kreditmarktschulden 2006 ist eine Kreditaufnahme i.H.v. rd. 385 Mio. € enthalten, die 2006 valuiert, jedoch 2007 im Haushalt gebucht wurde.

Frage 5 (Einbezug der kommunalen Ebene):

In der nachfolgenden Tabelle werden die unter den Fragen 1 bis 4 abgefragten Werte **einschließlich der Gemeindeebene** dargestellt.

	2005 ^{a)}	2006 ^{a)}	2007 ^{b)}	2008 ^{b)}
	- in Mio. Euro -			
Finanzierungssaldo	- 1.962	- 61		
Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt	1.709	1.564		
Stand der Kreditmarktschulden	46.027	47.586		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	2.304	2.604		
<i>nachrichtlich:</i> Kassenkredite der kommunalen Ebene ^{c)}	346	259		
Kreditmarktschulden der kommunalen Eigenbetriebe ^{d)}	4.749	4.876		

^{a)} Es liegen nur für die Jahre 2005 und 2006 „offizielle“ regionalisierte Ist-Daten für die Kommunalhaushalte vor. Der Finanzierungssaldo, die Zinsausgaben der kommunalen Ebene und die Kassenkredite der kommunalen Ebene wurden der Kassenstatistik, die Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt und der Stand der Kreditmarktschulden der Schuldenstatistik entnommen.

^{b)} Für 2007 liegen zum jetzigen Zeitpunkt für die kommunale Ebene nur statistische Daten bis zum 30.09. vor. Für 2008 sind keine belastbaren Angaben möglich.

^{c)} Wegen der besonderen Bedeutung der Kassenkredite auf der Gemeindeebene werden diese nachrichtlich ausgewiesen.

^{d)} Auf kommunaler Ebene können die Schulden der kommunalen Eigenbetriebe eine erhebliche Rolle spielen. Zur umfassenden Darstellung der Verschuldungssituation des Landes wird daher auch der Schuldenstand der kommunalen Eigenbetriebe ausgewiesen. Für 2007 und 2008 sind noch keine belastbaren Angaben möglich.

Frage 5 (Berücksichtigung der Ausgliederungen):

Im Haushaltsplan werden jeweils nachrichtlich folgende Ausgliederungen erwähnt, deren Verbindlichkeiten nicht bei den Kreditmarktschulden des Landes erfasst sind, für die das Land jedoch den Schuldendienst bzw. den Finanzierungsaufwand zu erstatten hat:

a) Zum einen ist die 1973 gegründete „Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg mbH“ (Baufinanz) zu erwähnen. Geschäftsgegenstand der Baufinanz ist die Finanzierung der Errichtung, des Ausbaus und der Erhaltung öffentlicher Bauten des Landes sowie die Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken und öffentlicher Vorhaben. Sie dient damit der flexiblen und zügigen Fertigstellung von größeren Projekten und Vorhaben, die v.a. im Bauhaushalt veranschlagt werden. Aktuell werden über die Baufinanz fünf Programme finanziert. Die Baufinanz refinanziert sich am Kreditmarkt und weist zum 31.12.2006 einen Schuldenstand von ca. 900 Mio. € aus.

b) Zum anderen bestehen aus der Finanzierung des Landesanteils der Darlehensförderung der Studenten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz durch die Landesbank zum 31.12.2006 noch Verbindlichkeiten i.H.v. ca. 145 Mio. €

Frage 6 (Einmaleffekte):

In der nachfolgenden Tabelle werden für die Jahre 2005 bis 2007 die Einmaleffekte auf der Einnahmen- und Ausgabenseite im Landeshaushalt dargestellt. Hierzu werden neben den Einnahmen der Obergruppe 13 („Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen“) und den Ausgaben der Obergruppe 83 („Erwerb von Beteiligungen und dgl.“) auch solche quantitativ bedeutende Einmaleffekte im Sinne der Fragestellung erfasst, die außerhalb der genannten Obergruppen verbucht wurden.

Einmaleffekte im Jahr ... auf der ...	2005	2006	2007
	- in Mio. Euro -		
... Einnahmenseite:			
<i>davon:</i>			
OGr. 13	603	463	103
Sonstige			
... Ausgabenseite			
<i>davon:</i>			
OGr. 83	0	1	3
Sonstige ¹⁾		265	1.941

¹⁾ Bei den sonstigen Einmaleffekten auf der Ausgabenseite sind v. a. folgende Positionen zu beachten:
 2006: gebündelte Zinszahlungen im Rahmen von strukturierten Darlehen mit Zero-Elementen (265 Mio. €)

- 2007: Zuführungen an Sondervermögen und Rücklagen für
- „Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg“ (500 Mio. €),
 - Infrastrukturprojekt „Baden-Württemberg 21“ (345 Mio. €),
 - Investitionsprogramm „Impulsprogramm Baden-Württemberg“ (178 Mio. €),
 - Rücklage für Steuermindereinnahmen und sonstige Haushaltsrisiken (717 Mio. €),
 - Rücklage für Landeserziehungsgeld (33 Mio. €),
 - Rücklage für Mehrausgaben bei der Kleinkinderbetreuung (168 Mio. €).

Die Zuführungen an die Sondervermögen und Rücklagen sind beim Finanzierungssaldo ausgabemindernd abgesetzt und führen dadurch zu einem verbesserten Finanzierungssaldo.

Frage 7 (Nettokreditaufnahme im Finanzplanungszeitraum):

Die derzeit gültige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2007 bis 2011 (Datenstand: Januar 2008) sieht für die Entwicklung der Nettokreditaufnahme die folgenden Werte vor:

	2007	2008	2009	2010	2011
	- in Mio. Euro -				
Nettokreditaufnahme	siehe Antwort zu Frage 2	0	0	0	0

In den Finanzplanungsdaten sind die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform berücksichtigt. Ein Anpassungsbedarf auf Grund der Ergebnisse der Novembersteuerschätzung besteht nicht.

Frage 8 (Erreichen der Nullneuerschuldung):

Der am 18. Dezember 2007 verabschiedete Nachtragshaushalt 2007/08 sieht im Jahr 2008 nicht nur eine Nettokreditaufnahme von Null vor; geplant ist auch eine Tilgung von Altschulden i.H.v. 350 Mio. € (davon 250 Mio. € im Nachtragshaushalt 2007/08 veranschlagt, Erhöhung um weitere 100 Mio. € politisch beschlossen).

Frage 9 (Schuldenstand in dem Jahr, in dem die Nullneuerschuldung erreicht wird):

Die Verschuldung des Landes am Kreditmarkt zum 31.12.2007 beträgt 41,71 Mrd. €

Der Schuldenstand der Gemeinden beträgt zum 30.09.2007 6,2 Mrd. €

Frage 10 (Wie soll die Neuverschuldung nach Erreichen der Nullverschuldung mittel- bis langfristig begrenzt werden?):

Parallel zum Nachtragshaushalt 2007/08 hat der Landtag von Baden-Württemberg am 18. Dezember 2007 die Landeshaushaltsordnung geändert und ein grundsätzliches Verschuldungsverbot in § 18 LHO aufgenommen. Die Neuregelung beinhaltet im Wesentlichen folgendes:

- Sie schreibt den am 31. Dezember 2007 erreichten Stand der Kreditmarktschulden als Obergrenze für eine künftige Kreditaufnahme fest.
- Eine Kreditaufnahme ist künftig nur noch in Ausnahmefällen und bis zur Höhe des durch vorherige Tilgung gegenüber der Obergrenze geschaffenen „Spielraums“ zulässig. Die Ausnahmen beschränken sich dabei darauf, den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder einem vergleichbar schwerwiegenden Grund Rechnung zu tragen. Es besteht eine qualifizierte Begründungspflicht.
- Über diese Obergrenze hinaus ist eine Kreditaufnahme nur zulässig, wenn Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um mindestens 1 % zurückgehen oder in Fällen von Naturkatastrophen oder ähnlich schwerwiegenden Situationen.
- Für jegliche neue Kreditaufnahmen wird eine Verpflichtung zur Festlegung eines Tilgungsplans zur zeitnahen Rückführung dieser Neuverschuldung geschaffen.

Frage 11 (Pläne zur Rückführung des Schuldenstandes):

Oberstes Ziel ist, dauerhaft keine neuen Schulden aufzunehmen. Die am 20. November 2007 beschlossene Mittelfristige Finanzplanung 2007 bis 2011 sieht im Jahr 2008 bereits eine Tilgung von Altschulden i.H.v. 250 Mio. € und in den Folgejahren eine Nettokreditaufnahme von Null vor. Am 22. Januar 2008 hat der Ministerrat beschlossen, diese Tilgung in 2008 um 100 Mio. € auf 350 Mio. € zu erhöhen.

Frage 12 (Auf welchen Annahmen für das Wirtschaftswachstum und die Steuereinnahmen beruhen diese Planungen?):

Die Mittelfristige Finanzplanung 2007 bis 2011 übernimmt bei der Annahme des Wirtschaftswachstums für den Gesamtstaat für 2007 die Prognose der Bundesregierung vom Herbst 2007, d.h. real 2,4 % des BIP und für den Projektionszeitraum 2008 bis 2011 die Prognose der Bundesregierung anlässlich der Mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 2007, d.h. es wird mit einem jährlichen realen Anstieg des BIP um rund 1,4 % pro Jahr gerechnet.

Bei den Steuereinnahmen wurden in der Mittelfristigen Finanzplanung für 2007 und 2008 die Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2007 zu Grunde gelegt, die Werte für die Jahre 2009 bis 2011 auf dieser Basis nach eigenen Berechnungen mit 2,5 % im Jahr 2009 und jeweils 3 % in den Folgejahren fortgeschrieben.

Frage 13 (Welche Setzungen von Einnahmen und Ausgaben der jeweiligen Haushalte gehen darüber hinaus in diese Planung ein?):

Auf der Einnahmeseite werden in der Mittelfristigen Finanzplanung neben den Steuereinnahmen sämtliche Einnahmen des Landes erfasst. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Gebühren und sonstige Entgelte, Veräußerungserlöse sowie um Zuweisungen und Zuschüsse anderer Gebietskörperschaften. Den Plandaten liegen die Vorausschätzungen der Ressorts zu Grunde.

Auf der Ausgabenseite ist zu unterscheiden:

- Bei den Personalausgaben wird die Steigerungsquote unter Berücksichtigung der voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Tarifabschlüsse zentral festgelegt (aktuelle Finanzplanung 2009 bis 2011 linear und strukturell zusammen 2,5 % p.a.).
- Bei den Zinsausgaben wird von einem um jährlich ca. 0,5 % ansteigenden Kapitalmarkt-Zinsniveau ausgegangen.
- Bei den zwangsläufigen Sachausgaben wird eine detaillierte Fortschreibung der Haushaltsansätze vorgenommen, die sich an den zugrunde liegenden Gesetzen und sonstigen rechtlichen Verpflichtungen orientiert.
- Die übrigen Sachausgaben werden in den Planjahren grundsätzlich mit den Werten des Jahres 2008 fortgeschrieben.

Frage 14 (Höhe der kapitalisierten Pensionslasten):

Zur Berechnung der sich im Jahr 2006 ergebenden kapitalisierten Pensionslasten bis zum Jahr 2035 des Landes Baden-Württemberg wurden aus Vereinfachungs- und Vergleichsgründen die regionalisierten Länderdaten der „Variante 0“ des dritten Versorgungsberichts des Bundes verwendet. Die darin enthaltenen, auf den konstanten Pensionen und Bezügen des Jahres 2003 aufbauenden Werte für die Jahre 2007 bis 2035 werden mit dem in der Fragestellung genannten Diskontierungszinssatz auf das Jahr 2006 abgezinst und dann in einer Summe dargestellt. Danach ergibt sich für das Land Baden-Württemberg der folgende Wert:

	- in Mio. Euro -
Kapitalisierte Pensionslasten (bis 2035) in 2006	68,6 Mrd.

Frage 15 (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner):

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (Stand: 30.06.2006) des Landes Baden-Württemberg belief sich im Jahr 2006 auf 31.388 Euro.

Frage 16 (Wie schätzt die Landesregierung die finanzielle Entwicklung der Kommunen in den nächsten fünf Jahren ein und auf welche Annahmen stützt sich diese Einschätzung?):

Eine Prognose zur Entwicklung in den nächsten fünf Jahren ist mit so vielen Unsicherheiten behaftet, dass davon abgesehen werden sollte. So sind Aussagen für die Einnahmeseite nur auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung 2007 möglich. Die Steuereinnahmen bilden aber nur 1/3 der Gesamteinnahmen der Kommunen und haben daher nur eine beschränkte Aussagekraft. Das kommunale Ausgabeverhalten ist neben der Höhe der erwarteten Einnahmen ebenfalls von zahlreichen schwer prognostizierbaren Faktoren abhängig, die gleichfalls nur teilweise örtlicher Entscheidung zugänglich sind.